"Der Kalte Krieg ist zu Ende" - nicht für die NATO !

Jürgen Maier, Bundesvorstand DIE GRÜNEN
18.Mai 1990

Wer da glaubte, nach dem offiziell von Bush und Gorbatschow in Malta Ende letzten Jahres verkündeten »Ende des Kalten Krieges« würde in Europa nun die grosse Abrüstung ausbrechen, sah sich spätestens mit dem Treffen der »Nuklearen Planungsgruppe« der NATO am 9./10.Mai in kanadischen Kananaskis eines besseren belehrt. Diese Gremium, bestehend aus den NATO-Verteidigungsministern, ist schon seit den frühen 80er Jahren damit beschäftigt, sich immer wieder neue Planungen für »nukleare Modernisierungen« auszudenken. An diesen Planungen wird auch weiterhin festgehalten, die Umwälzungen in Osteuropa haben darauf keinen grundlegenden Einfluss.

Das einzige, was sich anscheinend ändern soll, ist die nun zunehmende Bereitschaft der NATO, auf landgestützte Kurzstreckenraketen zu verzichten. Zu diesen Raketen zählt auch die besonders umstrittene »Lance« und ihr bisher noch geplantes Nachfolgemodell. Diese Raketen waren Kernpunkt des deutsch-amerikanischen Raketenstreits 1989, als Dregger das inzwischen geflügelte Wort »Je kürzer die Reichweite, desto toter die Deutschen« prägte. Inzwischen ist offensichtlich, dass sich die bisherigen osteuropäischen Verbündeten der Sowjetunion mit dem faktischen Zerfall des Warschauer Pakts nicht nur politisch-ökonomisch, sondern zunehmend auch sicherheitspolitisch nach Westen orientieren, allen voran die DDR, deren Anschluss an die BRD bevorsteht und die damit möglicherweise NATO-Territorium wird. Dennoch: Stoltenberg hat klar gesagt, die Bundesrepublik wird auch in Zukunft »keine atomwaffenfreie Zone« sein.

Es macht also heute keinen Sinn mehr, diese Staaten wie bisher nuklear zu bedrohen, zumal die sowjetischen Truppen in diesen Staaten in absehbarer Zeit abgezogen sein werden. Die Sowjetunion selbst wird aber auch künftig von der NATO als Feind betrachtet, wie sich unschwer an der Aufrüstungsplanung der »Nuklearen Planungsgruppe« erkennen lässt. War die u.a. von der Bundesregierung geforderte Abrüstung bei den landgestützten Kurzstreckenraketen innerhalb der NATO nicht konsensfähig, gab es allerdings keinen Dissens bei den Planungen, über 400 sogenannte »luftgestützte«, d.h. auf Flugzeugen stationierte »Abstandswaffen« bis 1995 einzuführen. Diese Raketen würden zunächst an Bord von Kampfflugzeugen Hunderte von Kilometern nach Osten geflogen, um dann zB über polnischem Territorium von diesen Flugzeugen abgeschossen zu werden. Sie würden dann einige hundert Kilometer weiter fliegen, bis tief in die Sowjetunion hinein. Damit werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: erstens kann so problemlos das INF-Mittelstreckenraketen-Abkommen umgangen werden (mit dem die landgestützten Mittelstrekkenraketen mit einer Reichweite über 500 km verboten werden, zB die Pershing 2), weil dieses nur *landgestützte* Raketen verbietet, und zweitens braucht man nicht das Risiko einzugehen, das das Kampfflugzeug beim eindringen in den sowjetischen Luftraum von der sowjetischen Luftabwehr abgeschossen werden könnte.

Diese Abstandswaffen, sogenannte »TASM« (Tactical Standoff Missiles), läuten damit eine neue Runde des atomaren Rüstungswettlaufs in Europa ein.

Mindestens 5 Flugplätze in der BRD sind als Stationierungsorte dafür vorgesehen: Ramstein, Hahn, Nörvenich, Memmingen und Büchel.Bis auf Memmingen sind alle diese Flugplätze auch schon mit den sog. "Atomwaffengrüften", direkt unter den Alarmstart-bereiten Flugzeugen eingebaute Bunker für die neuen Atomwaffen versehen. Mit vollautomatischen Aufzügen sollen die neuen Waffen dann in Sekundenschnelle im Einsatzfall unter die Bomber gehängt werden ... NATO-Generalsekretär Wörner, bekannt als völlig abgedrehter Ultramilitarist, verkündete in Kananaskis bereits vollmundig, dass Regierung und Bevölkerung eines vereinten Deutschland die Stationierung der TASM in Deutschland mittragen würden. Insbesondere die GRÜNEN müssen es sich zur Aufgabe machen, im kommenden Bundestagswahlkampf (unabhängig davon, ob er in der BRD oder gesamtdeutsch geführt wird) die Frage der Stationierung neuer atomarer Angriffswaffen zum beherrschenden Thema zu machen.

Denn hinter den NATO-Plänen steckt eine Strategie, die den Kalten Krieg weiter aufrechtzuerhalten versucht: unter dem gegenwärtig vielzitierten »gesamteuropäischen Sicherheitssystem« versteht die NATO offenbar eine Ost-Expansion bis vor die Grenzen der Sowjetunion. Damit werden auch bereits Fakten geschaffen für die KSZE-Verhandlungen, bzw für die KSZE-Gipfelkonferenz im Herbst in Paris, der die NATO keinesfalls realen Gestaltungsspielraum für die künftige politische Architektur Europas zubilligen will. Das »Gesamteuropäische Sicherheitssystem« soll nach den Vorstellungen der NATO offenbar nicht mit der Sowjetunion, sondern gegen sie installiert werden, als eine Art expandierter NATO. Die gegenwärtig noch im Warschauer Pakt befindlichen osteuropäischen Staaten würden zum sicherheitspolitischen Vorfeld der NATO. Dafür ist die Sowjetunion allerdings zu gross, und zudem begreift sie sich im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Staaten immer noch als »sozialistisch«. Also wird sie weiterhin als Feind betrachtet, egal ob sie in der gegenwärtigen Form weiterbesteht (dann ist sie einfach gross und gefährlich) oder ob sie allmählich in ihre Einzelrepubliken zerfällt (dann ist sie auch gefährlich).

Angesichts dieser eindeutig gegen die Sowjetunion gerichteten Politik der NATO und den eindeutigen Absichten des Westens, die gegenwärtige Schwäche der Sowjets machtpolitisch für sich auszunutzen, ist es kaum verwunderlich, dass sich die abrüstungspolitischen Positionen der Sowjetunion zB bei den Wiener VKSE-Verhandlungen allmählich wieder zu verhärten beginnen. Der Westen versucht weiterhin hartnäckig, aus diesen Verhandlungen riesige Zugeständnisse der Sowjets bei marginaler eigener Abrüstung zu erzielen. Insbesondere bei den eigenen offensivfähigen Waffensystem wie zB Flugzeugen mauert die NATO. Wir werden uns also angesichts dieser Tatsache nicht darauf einrichten können, dass das Gorbatschowsche Abrüstungsfeuerwerk auch weiterhin sprühen wird, sondern stattdessen in nicht allzu ferner Zukunft die NATO propagandistisch die Sowjets wieder in altgewohnter und heuchlerischer Weise der Abrüstungsunwilligkeit bezichtigen werden.

Ein Ende der Militärkonfrontation in Europa kann es offensichtlich nicht geben, wenn unter »gesamteuropäischem Sicherheitssystem« eine Art vergrösserte NATO, ein gegen die Sowjetunion gerichteter Block begriffen wird. Ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem kann es nur *mit* den USA und der Sowjetunion geben, nicht gegen einen dieser beiden Staaten. Die Bundesregierung macht bei dieser Politik voll mit, auch wenn sie aufgrund der gegenwärtigen »2 + 4 Verhandlungen« im Augenblick eher den Leisetreter spielt. Auch für die SPD stellt sich hier die Gretchenfrage. Insbesondere die DDR-SPD, die für einen Beitritt der DDR zur BRD und damit zur NATO eine Schlüsselrolle einnimmt (weil ohne sie keine 2/3-Mehrheit zur Änderung der DDR-Verfassung möglich ist), muss hier in die Pflicht genommen werden. Die SPD, vor allem auch die DDR-SPD, muss sich vor diesem Hintergrund fragen lassen, wie ehrlich sie es meint, wenn sie sagt, ein vereintes Deutschland könne nur in der NATO sein, wenn

* die Nato auf den Atomwaffen-Ersteinsatz verzichtet
* die flexible response-Doktrin abgeschafft wird
* die NATO ihre Strategie ändere und zu einem politischen Bündnis werde.

Nichts davon passiert in der Realität. US-Verteidigungsminister Cheney erklärte in Kananaskis, es bleibe dabei, dass

* US-Truppen in Europa stationiert werden
* die NATO ein integriertes militärisches Oberkommando behält, also nicht auf ein politisches Bündnis reduziert wird
* die Nato bereit zum Ersteinsatz von Atomwaffen ist (obwohl die Nato inzwischen darin übereinstimmt, dass die konventionelle Überlegenheit der Sowjets, die bisher als Begründung für den Ersteinsatz diente, nach einem Wiener Verhandlungsergebnis wegfällt). DDR-Aussenminister Meckel (SPD) erklärte am 11.Mai in Strassburg vor dem Europarat, »Ohne NATO-Reform wird Moskau einer Nato-Mitgliedschaft ganz Deutschlands nicht zustimmen«. Von der Zustimmung der DDR-SPD ist bereits nicht mehr die Rede.

Was mit der NATO passiert, wenn Osteuropa zu ihrem sicherheitspolitischen Einflussgebiet wird, ohnehin wirtschaftlich zum unbestrittenen Einflussgebiet Deutschlands wird, und gleichzeitig eine gesamtdeutsche Armee geschaffen wird und die USA einen grösseren Teil ihrer Truppen aus Europa abziehen, kann man sich denken: ein vereinigtes Deutschland in der NATO würde zu einer dominanten Grösse in diesem Bündnis. In diese Richtung weisen auch die konventionellen Rüstungsplanungen der Bundesregierung: Stoltenbergs Verteidigungshaushalt soll 1991 nochmal um 1.6% steigen, auf eine erneute Rekordhöhe nach dem Rekordrüstungshaushalt 1990. Ist die BRD also so bedroht wie noch nie zuvor? Das Gegenteil ist der Fall, dennoch ist der Rüstungshaushalt so hoch wie nie. In dieselbe Richtung weisen auch die Manöverplanungen der Bundeswehr für 1990: insgesamt 400,000 Soldaten sollen sich daran beteiligen (das sind 100,000 mehr als 1989). Insgesamt sollen viele kleinere, flexiblere Manöver durchgeführt werden und weniger unbewegliche Grossmanöver - auch eine Art militärische Modernisierung.

Nach dem Ende des Kalten Krieges muss jetzt drastisch abgerüstet werden und nicht eine neue Bedrohung geschaffen werden. In einem »Gemeinsamen Haus Europa« brauchen wir keine Militärblöcke. Es wird höchste Zeit, dass die NATO sich auflöst und einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem Platz macht, das nicht *gegen* die Sowjetunion, sondern *mit* ihr gegründet wird. Nur gemeinsam können die gemeinsamen Probleme der Menschheit - der Nord-Süd-Gegensatz und die ökologische Krise - gelöst werden. Die Bundesregierung hat dies nicht begriffen. Ihre Versuche, ein vereintes Deutschland in die NATO zu integrieren, sind ein deutliches Zeichen dafür, dass sie stattdessen eine hegemoniale Stellung in einem westeuropäischen Block spielen möchte, der nach wie vor Konfrontationspolitik gegen die Sowjetunion betreibt. Auch die SPD, die ja immerhin durch ihre Beteiligung an der DDR-Regierung hier viel Schaden verhindern könnte, setzt dieser Politik bisher nicht viel entgegen. Es wird höchste Zeit, dass die Öffentlichkeit in BRD und DDR der Rüstungspolitik der Bundesregierung die notwendige Abfuhr erteilt.